

Aktjag des Planjahr fünfzig

„Freundschaft“- und KASAG-Korrespondenten berichten

Ehrenaufgabe erfüllt

Die 1.000. Presse der Serie FB-17-32 wurde in den Hallen der Produktionsvereinigung für Schmelze- und Präzisionswerkzeuge von Tschimkent hergestellt...

Erfolge der Viehzüchter

Die Werktätigen des Rayons Komsomolski haben im Januar die besten Resultate in der Fleischproduktion des Gebiets Aktjubinsk erzielt...

Initiatoren überbieten ihr Soll

Das Kollektiv der Kraftwerkholzkombinat Nr. 2559 von Petrowpawlsk ist Initiator der Republikwettbewerb für die Erfüllung der Pläne zweier Jahre des zehnten Planjahres...

Höhere Leistungen als im Vorjahr

Tatjana Jermolenko, der Brigierin im Kustanajer Kamergang- und Tschukombinat, stand bei der Erlernung ihres Berufs als Lehrmeisterin Nina Möllmann zur Seite...

Andershalb Normen täglich

Die Bauarbeiter der Mechanisierungswerkollonne Nr. 105 des „Montschspeszi“ von Alma-Ata antworteten auf den Beschluß des ZK der KPdSU...

Im ZK der KP Kasachstans Über die Arbeit der Parteiorganisationen der Republik zur Erfüllung des Beschlusses des ZK der KPdSU „Über den 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“

Das ZK der KP Kasachstans behandelte die Frage über die Maßnahmen zur Realisierung des Beschlusses des ZK der KPdSU „Über den 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“...

Es wurde empfohlen, in den Partei-, Gewerkschafts-, Komsomolorganisationen, in allen Arbeitskollektiven, Lehranstalten und in den Wohnorten der Bevölkerung ein gründliches Studium des Beschlusses des ZK der KPdSU „Über den 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ zu organisieren...

Es ist vorgemerkt, im Oktober 1977 eine wissenschaftlich-theoretische Konferenz der Akademie der Wissenschaften der Kasachischen SSR, des Instituts der Parteigeschichte beim ZK der KPdSU...

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des dreißigsten Jubiläums ist vorgesehen, ein gemeinsames Plenum der Vorstände von schöpferischen Verbänden der Republik, Festivals moderner Musik, Leser- und Zuschauerkonferenzen...

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kasachstans verpflichtet die Organe der Partei, der Massenmedien und Propaganda, in der Presse, der Rundfunk- und Fernsehübertragungen...

Die Republikbuchverlage „Kasachstan“, „Shasusech“, „Kainar“, „Mektel“, „Shalyn“ und „Nauka“ werden beauftragt, entsprechende Korrekturen vorzunehmen...

Das ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans erachtet es für notwendig, die Rolle der Kulturinstitutionen in der kommunistischen Erziehung der Werktätigen zu betonen...

Aktivität bringt hohe Leistungen

wertvolle Erfahrungen zu sammeln für die Lösung der Aufgaben, die für die nachfolgenden Jahre des zehnten Planjahres vorgesehen sind...

„Unser Beitrag im ersten Jahr der zehnten Planjahresfrist“, erzählt der stellvertretende Vorsitzende der zentralen Volkskontrolleregruppe...

Die Wirksamkeit der Überprüfung besteht darin, daß die Posten der Volkskontrolle in der letzten Zeit immer aktiver werden, es sind ihrer 105 im Betrieb...

Das vierte Jahr arbeitet die junge Weberin. „An unserem Abschnitt funktioniert ein Posten der Volkskontrolle. Er überwacht den Rohstoffverbrauch, sorgt für Sparsamkeit...“

Die Volkskontrollere sind auf der aktiven Suche, und zwar nicht nur in den Werkhallen, sondern auch an den Arbeitsplätzen...



Boris GALANZEV, Oberingenieur im Alma-Ataer Baumwollkombinat

Sterne auf den Fördertürmen

Die Kohlengrube „50. Jahrestag der Oktoberrevolution“ ist nicht nur in der Vereinigung „Karganda-Usp“ führend, sondern auch eine der am besten besetzten...

50.000 Tonnen Kohle aus einem Streb — darum wetteifern die Kollektive der Vereinigung, die in den nächsten Jahren beteiligten sich an dieser Bewegung...

Einem lebhaften Widerhall löst bei den Bauleuten der zweiten Folge des Kanals „Irtysch-Karaganda-Dsheskasgan“ der Beschluß des ZK der KPdSU...

In einer Versammlung der Partei- und Wirtschaftskräfte der Vereinigung „Irtyschkanalstroj“ wurden die Ergebnisse der Arbeit für 1976 erörtert...

Plan wird mit Hilfe der hochproduktiven Komplexe KM-87 und KM-91E erfüllt werden

Wir unterhalten uns im Kontor des Abschnitts Nr. 3, dem der Held der sozialistischen Arbeit Wladimir Tokschuk vorsteht...

Woldemar BORGER, Korrespondent der „Freundschaft“ Karaganda

Erfolge verankern und ausbauen

Kilometer lange Staudamm am Hauptwasserbehälter Aktinsk abgeschlossen. Aus ihrem Grenz gestiegen und schöner geworden sind die Siedlungen Isumrudny und Pionerski...

Pjotr TURYSCHEW Gebiet Dsheskasgan

Plenum des Kasachischen Republikgewerkschaftsrates

Am 19. Februar fand ein Plenum des Kasachischen Republikgewerkschaftsrates statt. Es wurde ein Organisationsfrage erörtert...

Plenum des Kasachischen Republikgewerkschaftsrates

Das Kasachische Republikgewerkschaftsrats beteiligte sich der Zehnte Jahrestag des Kommunistischen Partei Kasachstans, Genosse A. G. Korkin...

WELT

Schritte der Sozialistischen Integration

Energiebrücke vom Pazifik bis zur Elbe

Vor kurzem lief aus Ulan-Bator die Meldung einer neuen Hochspannungslinie wurde in Betrieb genommen, die das Zentral-Energiesystem der Mongolei mit dem Energie-Sibirien verbindet. Die Industrie und Agrarprodukt des Bruderlandes erzielte zusätzliche Energie. Im nächsten Planjahr wird die Energie-Sibirien in die einheitlichen Elektrizitätsnetze der Sowjetunion eingegliedert und einen Teil des einheitlichen Energiesystems der UdSSR bilden.

Auf diese Weise zeichnen sich die Umrisse des Generalrahmens der Perspektiventwicklung der Vereinigten Energiesysteme der RGW-Mitgliedstaaten ab. Sein Projekt wurde während der XXX. Tagung in Berlin gegliedert. Die Realisierung dieses langfristigen Projekts von großem Maßstab ermöglicht es den RGW-Mitgliedstaaten, die Energieerzeugung auf gewaltigen Strecken zu befördern, von der Elbe bis zum Pazifik.

Wenden wir uns an die Energiekarte Osteuropas zu. Hier wurden schon in den 60er Jahren zwischenstaatliche Stromleitungen gebaut, die Zusammenarbeit der europäischen RGW-Mitgliedstaaten im vereinigten Energiesystem „Mir“ organisiert. Heute jedoch ist „Mir“ nicht mehr zustande, denn immer steigender Bedarf an Elektroenergie zu decken.

Die ersten Schritte zur Erneuerung des Energiesystems „Mir“ sind bereits unternommen. Es wurde mit dem Bau einer Höchstspannungslinie mit 750 Kilovolt von der ukrainischen Stadt Wniza bis zur ungarischen Stadt Albertsra begonnen. Diese Magistrale wird es ermöglichen, das einheitliche Energiesystem der

UdSSR mit dem Energiesystem „Mir“ zu verbinden. Am Bau der Stromleitung werden neben Ungarn und der Sowjetunion auch Bulgarien, die DDR, Polen und die Tschechoslowakei teilnehmen.

Wie im Ministerium für Energie- und Elektrizität der UdSSR mitgeteilt wurde, sind 360 Kilometer der Stromleitung bereits gebaut. Die Gesamtlänge der Magistrale wird 860 Kilometer erreichen: 590 Kilometer bis zur Westgrenze der UdSSR und 270 Kilometer von der Grenze bis zur Unterstation in Albertsra (UVR). In diesem Jahr soll der Bau der Leitung auf ungarischem Territorium einleitet werden. Die Inbetriebnahme ist auf 1978 festgesetzt. Zugleich werden tschechoslowakische Spezialisten der RGW-Mitgliedstaaten bis zur Grenze der CSSR errichten.

Die Realisierung des Projekts der perspektivischen Entwicklung der Vereinigten Energiesysteme der RGW-Mitgliedstaaten mit eingeschlossen die Zusammenarbeit mit dem Energiesystem Jugoslawiens, löst in vielen Län-

dern reges Interesse aus. Der effektive und gegenseitig vorteilhafte Charakter dieses Programms lockt die westlichen Gesellschaften an, vor allem diejenigen Staaten, deren Energiesysteme mit dem Energiesystem „Mir“ grenzen. Die Zweckmäßigkeit derartiger Kontakte mit den RGW-Mitgliedstaaten wurde wiederholt in den Spalten österreichischer und italienischer Presseausgaben diskutiert.

Gegenwärtig, da sich in der Welt ein neuer Typ zwischenstaatlicher Beziehungen durchsetzt, findet die Zweckmäßigkeit solcher Kontakte immer neue Anhänger. Insbesondere wird die Frage über die Möglichkeit der Vereinigung der Energiesysteme Ost- und Westeuropas im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsausschusses der UNO allseitig erforscht. Dieser Umstand bietet breite Möglichkeiten für die Entwicklung einer gleichberechtigten gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Juri SINJAKOV (APN)

Als ob es Hellsinki nicht gegeben hätte

Kommentar

druck einer tief verwurzelten bedingten Reaktion. Etwas früher erhoben zwei höhere Offiziere der NATO-Staaten — General Schnell aus der BRD und General Thorsen aus Dänemark — die Forderung, die sogenannten Atomminen, wobei dieser Begriff für die Militärs sehr schwer zu definieren ist, als konventionelle Waffen zu betrachten. Dies sollte wohl eine radikale Senkung der Ebene bedeuten, auf der die Entscheidung über den Einsatz dieser Waffen getroffen wird.

Auch diese Äußerungen, die sicherlich nicht von ungefähr zeitlich und in der Wahl der Argumente überstimmten, können vollständig in ein bestimmtes Denkschema eingeordnet werden, das in den militärischen Kreisen der NATO unverändert gang und gäbe ist. Der Verlauf der Wiener Verhandlungen belastet und die äußerst wesentliche Frage hinsichtlich der wirklichen Absichten der militärischen Kreise der NATO unverändert. Es geht um die sogenannte Senkung der Atomwaffen. Es geht darum, die Öffentlichkeit hinter sich zu führen und sie in der Oberzeugung gar nicht so schrecklich und in einer kleineren und eleganten Verpackung nur eine Art stärkerer Sprengstoffe sind. Die sozialistischen Länder haben wiederholt ihre unverrückbare Haltung bekundet, wonach Atomwaffen in allen Erscheinungsformen, sogar die „taktischen“ und „Subminutur-Atomwaffen“, keine spezifische Erweiterung des Arsenalen an konventionellen Waffen sind und auch nicht sein können, daß sie vielmehr eine qualitativ andere Waffenart sind, deren Einsatz im Kampf den direkten Weg zum Einsatz des gesamten Atom-Raketensystems einschließlich der strategischen Waffen öffnen würde. Diese Haltung wird in der Regel mit Schwellen übergangen oder mit belanglosen arbiträren Argumenten abgetan, die man übrigens der westlichen öffentlichen Meinung noch nie in ihrer ganzen Tragweite dargelegt hat. Scharflich deshalb, weil die hartnäckigen Versuche zur Verharmlosung der Atomwaffen potentiell das gefährlichste Element der Kriegsdoktrin der NATO darstellen.

Die neuen Winde, die seit einigen Jahren in der Weltpolitik, vor allem aber in der europäischen Politik wehen, scheinen zu gewissen militärischen Stützen und gewissen politischen Institutionen überhaupt keinen Zusammenhang zu haben. In den Jahren des „kalten Krieges“ dermaßen verstanden, daß sie im Einklang mit dem Parkinsonschen Gesetz hoch und heilig damit beauftragt sind, Beweise für ihre eigene Existenzberechtigung zu erfinden. Eben zu diesem Zweck werden mit besonderer Hingabe

verschiedene Atemerbaube n d e Aufstellungen produziert, aus denen seit 28 Jahren immer dieselbe Schlüsselforderung entspringt: daß die „Bedrohung aus dem Osten“ ständig wächst. Es ist nicht nötig vorgekommen, daß die NATO-Experten in anderen Schlüsselforderungen gelangt wären. Schon allein dieser Umstand läßt ihre „Warnungen“ in einer starken Dosis, sagen wir, Skeptizismus behandeln.

Niemand mit gesundem Menschenverstand möchte die Institutionellen Interessen der „Apostel des kalten Krieges“ mit den wahren Interessen der Völker des Westens oder mit der gesamten Politik des westlichen Regierens identifizieren, wovon schon allein der Umstand zeugt, daß man es als zweckmäßig ansah, sich von dem unverantwortlichen Postulat der Generale Schnell und Thorsen zu distanzieren. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß der mächtige Militärapparat der NATO eine Tatsache ist und daß die Einflussnahme der Lobby des „kalten Krieges“ gravierend genug sind, um die europäische Situation als Ganzes und auch unter Berücksichtigung dieses gefährlichen Elementes zu betrachten.

Angesichts der nahenden Belgrader Konferenz erwachsen daran ganz und gar nicht banale Fragen. Sollte der „erste Kobyl“ von Helsinki niemanden im Westen zu nichts verpflichten? Sollte der uralte Grundsatz „Pacta sunt servanda“ zum alten Blei geleitet worden sein, nur um dem partikularen Interesse dieses oder jenes industriell-militärischen Komplexes zu genügen? Sollten die westlichen Regierungen tatsächlich der Vorstellung huldigen, daß die Schlußakte der KSZE ausschließlich aus Problemen des „dritten Korbes“ bestünde, und das noch auf eine vollkommene, selbstinterpretierte Art und Weise? Und was das Wichtigste ist: sollten wir es hier dem sogenannten doubletalk mit der eleganten Sprache des Sprachenspiels zu tun haben, die einerseits die Abstimmung der Grundsätze der Politik der Koexistenz ermöglicht und andererseits dem Westen die Mentalität von vor zwanzig Jahren zu bewahren erlaubt?

Die Koexistenz ist natürlich kein einmaliger Akt, sondern ein langwieriger historischer Prozess. Von diesem Standpunkt aus ist es einleuchtend, daß die Kristallisierung jenes Prozesses schrittweise erfolgen muß. Nur kann man im Zeitraum auf bestimmte Antworten nicht in alle Ewigkeit hinauszögern, besonders da die Anzahl der Fragen wächst.

Wieslaw GORNICKI, Kommentator der Polnischen Interpress Agentur



Unter dem Zeichen der Solidarität mit dem Kampf der Arbeiter aus den Druckereien „Elliot Cachan“ und „Parisien Libres“ fanden in Paris und seinen Vorstädten Streiks, Meetings und Massendemonstrationen statt. Die französischen Werktätigen bekundeten ihren Protest gegen die Verlobung der streikenden Druckerarbeiter durch die Polizeiisten aus den Hallen, die im Verlauf vieler Monate behaupteten, und forderten die Rückgängigmachung der Entscheidung über die Schließung der Druckereien und Entlassung des Personals. Die Demonstrationsteilnehmer prangerten die Polizeiwilktür an, den Verstoß gegen die Gewerkschaftsfreiheit, gegen das Recht der Streikenden anzuzeigen.

UNSER BILD: Demonstrationsteilnehmer in Paris. Foto: TASS

Anklage gegen Mißhandlung in britischen Gefängnissen

Der parlamentarische Sekretär des irischen Premier-Ministers John Kelly hat erklärt, die Regierung der Republik Irland sei über die Mißhandlung von irischen Bürgern beunruhigt, die sich in den britischen Gefängnissen befinden. Er sagte, Irland wolle diesbezüglich von den britischen Behörden vorstellig werden.

Der britische Innenminister, Merlyn Rees, versuchte in einer schriftlichen Antwort auf eine entsprechende Anfrage im Unterhaus, die Berichte über die Mißhandlung inhaftierter Bürger, Angehöriger der irischen republikanischen Armee, durch das Gefängnispersonal zu leugnen. Rees bestätigte, daß die britischen Behörden nicht gewillt sind, die in den britischen Gefängnissen gehaltenen irischen Republikaner als politische Gefangene anzuerkennen. Bekanntlich setzen sich die Angehörigen der irischen republikanischen Armee gegen die Herrschaft des britischen Imperialismus in Nordirland ein.

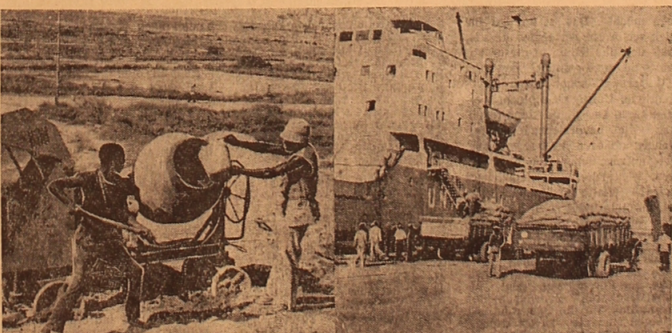
Berichte über die grausame Behandlung der in britischen Gefängnissen gehaltenen irischen Bürger erschienen zu einer Zeit, da der Westeuropäische Gerichtshof für Schutz der Menschenrechte die Anklage der Regierung der Republik Irland untersuchte, die die britischen Behörden der Verletzung der Menschenrechte in Nordirland beschuldigt. Die irischen Parlamentarier forderten die Regierung der Republik Irland auf, auch die Frage der Mißhandlung verhafteter irischer Bürger in den britischen Gefängnissen an den Westeuropäischen Gerichtshof zu überleiten.

Es ist bezweifelnd, daß diese Verbrechen nicht nur nicht vor das Gericht zitiert werden, sondern zur Arbeit im FBI, in anderen Geheimdiensten und Unterdrückungsorganen der USA herangezogen werden. So führte nach Angaben des Verfassers des Buches „Es werden gesucht“ die Fahndung nach nazistischen Verbrechen in Amerika, Howard Blum, einige davon „Sonderaufträge“ von Ge-

Für „Ordnung in Betrieben“

In der Bundesrepublik Deutschland nimmt die Zahl bewaffneter Formationen zu, die den Konzern zur Bekämpfung von Arbeiteraktionen dienen sollen. Offiziell sollen sie für „Ordnung in Industriebetrieben“ sorgen.

Gegenwärtig gibt es in Industriebetrieben der BRD bereits 340 private „Betriebschutzabteilungen“, denen mehr als 52.000 Personen angehören. Die Ausgaben für ihre Unterhaltung betragen mehr als eine halbe Milliarde Mark im Jahr. „Die Tat“ unterstreicht, daß diese Abteilungen häufig besser bewaffnet sind als die Polizei.



Fotos: TASS

In wenigen Zeilen

MONTREAL. 119 Tage dauerte der Streik des Lehrkörpers der Quebec-Universität von Montreal. Die Dozenten fordern die Verlängerung des Arbeitsvertrags für 140 ihrer Kollegen. Die Universitätsleitung hat die Forderung der Streikenden angenommen.

HELSINKI. Die 2.700 Arbeiter der gummi chemischen Fabrik Nokia in Finnland haben einen einseitigen Streik durchgeführt. Sie fordern den Abschluß eines Tarifabkommens, die Einstellung der Entlassungen und der Wagnersaube.

CANBERRA. Eine internationale Konferenz für Friedensaktionen ist in der neuseeländischen Hauptstadt Wellington eröffnet worden. An ihr nehmen Vertreter politischer, religiöser, Gewerkschafts-, Frauen- und Jugendorganisationen des Landes sowie Delegationen aus mehreren Ländern Asiens, Afrikas, Europas, Amerikas, Australiens und des Pazifik-Raums teil.

HANOI. Mehr als 1.000 ehemalige Offiziere und Polizisten des Saigoner Regimes, die sich in den Unversorgungsaggregaten der Minh-Strik befinden, sind anlässlich des traditionellen neuen Jahres nach dem Mondkalender im siebensten Militärbezirk von Viefnam und in drei Provinzen des Mekong-Deltas zu ihren Familien entlassen worden.

LONDON. Dem „Daily Telegraph“ zufolge hat China im Dezember vorigen Jahres nahezu 31 Tausend Gold 206 Millionen Pfund Sterling verkauft. Das war die bisher größte Goldmenge, die die Pekinger Regierung abgesetzt hat.

BUSSEL. Ministerpräsident Leo Tindemans erklärte im Parlament, daß das Land eine tiefe Wirtschaftskrise erlebt und mit einer raschen Überwindung dieser Krise, darunter der Arbeitslosigkeit und Inflation nicht gerechnet werden kann. Der belgische Ministerpräsident sagte, eine besonders schwere Situation habe sich in Metallindustrie, Textilindustrie und Konfektionsgewerbe sowie in anderen Wirtschaftszweigen ergeben.

DEN HAAG. Geschlossene Werklore und Streikposten davor, demonstrierende Arbeiter und Angestellte dieses Bild in den Straßen der niederländischen Städte des Landes beobachten, das seit zwei Wochen von einer neuen Streikwelle erfüllt ist. Als erste erhoben sich zum Kampf die Metall- und Maschinenarbeiter von Rotterdam und Amsterdam, Bau- und Transportarbeiter.

SINGAPUR. Mit einem Sieg der Streikenden sind die Kampfkampfen von 600 Angestellten des Hotelnetzes von Singapur „Holiday Inn“ zu Ende gegangen.

Das Schiedsgericht von Singapur billigte das Urteil, den Hotelangestellten Lohn rückwirkend von Juli 1976 zu erhöhen.

Henker finden in den USA Unterkunft

Das „Damoklesschwert“ von Respalien, das von den Andersdenkenden und über den Kampfern für Bürgerrechte, gegen Rassismus und polizeiliche Übergriffe, droht in den USA keinesfalls den hitlerfaschistischen Schergen, deren Hände vom Blut der zu Tode geurteilten erschossen sind und in den Gaskammern getöte te n Opfern des Faschismus befeuchtet sind.

Die Namen und Wohnorte wichtigerer nazistischer Henker sind wohl bekannt. Nach unvollständigen Angaben des Dienstes für Immigration und Naturalisierung werden heute auf dem Territorium der USA 69 Personen, die als „nationalsozialistische Kriegs-

verbrecher verdächtigt“ werden, während laut einer Untersuchung, die von dem bekannten USA-Publizisten Ch. Allen vorgenommen wurde, in den USA mindestens 200 solcher Verbrecher Unterschlupf gefunden haben.

Von ihrer düsteren Vergangenheit berichtet wiederholt die USA- und die Weltpresse. Die offiziellen Behörden ignorieren jedoch diese Tatsachen und beschreiben nur vor den faszinierenden Augen der Henker. Die zu verurteilende Zeit unter Druck der Öffentlichkeit eingeleiteten Untersuchungen wurden auf viele Jahre hinaus verzögert und zuletzt unter dem Vorwand „von Mangel an Beweisen“ oder der „fehlenden Augenzeugen“ auch vollständig eingestellt.

Zu ihnen gehört beispielsweise ein gewisser W. Chasner, der während des zweiten Weltkrieges mit den Nazis in Lettland zusammengearbeitet hatte. Er persönlich suchte Juden aus und nahm an der Verbrennung einer Gruppe von Juden teil, die in einer der Synagogen in Riga eingesperrt waren. Heute lebt dieser faschistische Verbrecher in aller Ruhe in den USA und befindet sich sogar im öffentlichen Dienst. Er befaßt sich mit der Vorbereitung von verläumdenden Materialien für den antwortlosen Rundfunksender „Liberty“, der von den USA-Behörden offiziell finanziert wird. Als ein Korre-

spondent der Zeitung „New York Post“ einen der Vertreter dieses Senders fragte, worüber denn Chasner schreiben, antwortete jener, ohne auch nur im geringsten in Verlegenheit zu geraten: „Über den Kampf für Menschenrechte.“

Es ist bezweifelnd, daß diese Verbrecher nicht nur nicht vor das Gericht zitiert werden, sondern zur Arbeit im FBI, in anderen Geheimdiensten und Unterdrückungsorganen der USA herangezogen werden. So führte nach Angaben des Verfassers des Buches „Es werden gesucht“ die Fahndung nach nazistischen Verbrechen in Amerika, Howard Blum, einige davon „Sonderaufträge“ von Ge-

heimdienstern der USA im Nahen Osten aus, während andere an der Schürfung von antikomunistischer Hysterie in den Vereinigten Staaten selbst teilgenommen haben.“

Die Dienste, die die hitlerfaschistischen Schergen den Geheimdiensten und den Polizeiorganen der USA erweisen, dienen eine Art von „Garantien“ für ihre Straflosigkeit. Es ist deshalb kein Zufall, daß in den Archiven der Regierungsbürokratie der USA Zeugenaussagen „verschwinden“, die die nationalsozialistischen Verbrecher entlarven. Es ist ferner bekannt, daß jene die verurteilten, die Verbrecher zu entlarven, eingeschüchelt wurden, daß man ihnen drohte und daß „unbekannte“ Personen sie telefonisch aufforderten unverzüglich die Untersuchung einzustellen.

Blum erklärte: „Die Regierungsmänner der USA sind nicht nur an der Verfolgung der in unserem Land lebenden Kriegsverbrecher nicht interessiert, sondern nehmen auch aktiv an der Verharmlosung teil, die zum Ziel hat, die Nazis unbestraft ihre Tage in den Vereinigten Staaten zu Ende leben zu lassen.“

In den USA sind oft zynische Särmen von „Verletzung der Bürgerrechte“ und der „persönlichen Freiheiten“ in anderen Ländern zu hören, und es werden sogar Versuche unternommen, sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen. Dieser propagandistische Wortschwall ist jedoch außerstande, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von der Tatsache abzulenken, daß gerade die USA ihre Türen vor den Kriegsverbrechern weit geöffnet haben, die diese Rechte und Freiheiten im Blut ertränken.

Zukunft der Concorde-Flugzeuge

Das Schicksal des britisch-französischen Überschall-Passagierflugzeuges „Concorde“ bleibt weiterhin ungewiß. Keinen praktischen Fortschritt brachte die Antwort des USA-Präsidenten Carter auf Schreiben des britischen Premierministers, James Callaghan, und des französischen Präsidenten Giscard d'Estaing über die Flüge von Concorde-Maschinen nach New York. Zu dieser Schlußfolgerung gelangen viele Beobachter in Paris.

Wie die französische Presse feststellt, hat James Carter die von der USA-Regierung bereits früher erteilte Erlaubnis, daß Concorde-Maschinen 16 Monate lang die USA-Flughäfen anfliegen dürfen, bekräftigt. Zugleich verwies er jedoch darauf, er könne nicht die Haltung der Behörden von New York beeinflussen. We bekannt verweigern sie die Erlaubnis für die Landung der Concorde auf dem New Yorker John-Kennedy-Flughafen.

Solche Einschränkungen, hebt die Presse hervor, verürschen den Fluggesellschaften Air France und British Airways kolossale Verluste und stellen die Zukunft der „Concorde“ in Frage. Der Pariser „Figaro“ schreibt: Jede neue Verurteilung könnte sich die Behörden von New York bewusst sein. Sie hoffen, daß die „Concorde“ ein „Todesurteil“ Tod sterben wird“. Gerade das beabsichtigen auch die Flugzeugunternehmen und die Fluggesellschaften der USA.



Man braucht nicht zu zweifeln

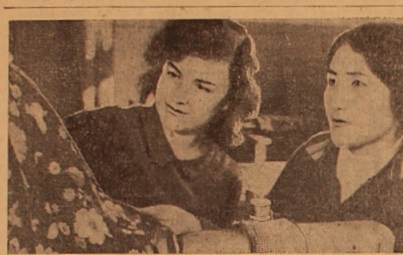
Als sich der Dreher Georg Schwin aus dem riesigen Halle unserer Aluminiumwerke...

Für alle bequem

Sobald im Karagandaer Werk für Synthetelautschuk die Schicht zu Ende ist, bringt der Betriebsautobus eine Gruppe Arbeiter in das Prophyliatorium nach Temirtau...

Die Chefarztin R. M. Witnowa teilt mit, daß bald noch ein neues Gebäude für das Prophyliatorium errichtet werden soll...

Georg Schwinns Initiative unterstützten auch seine Kameraden Nikolai Wachomov und Vladimir Smagin...



Das Kollektiv der Näherer hat bei den Werktätigen des Sowchos „Schakart“ Rayon und Gebiet Pawlodar einen guten Ruf...

So war er, dieser Mensch

Erinnerungen eines Parteiveteranen

W. I. Lehn sagte, daß die Jungen Leute die Autorität und die Erfahrung der alten Kämpfer nötig haben...

Unvergeßliche Begegnungen

Menschen aus unserer Mitte

Im Herbst 1923 war die ökonomische Lage in vielen Rayons, darunter auch in diesem, schwer und kompliziert...

Hier kaufen wir gern ein

Unsere Arbeitersiedlung Maikain wird immer schöner, doch daß zwei neue Handelstäden ausgerichtet im Jubiläumstag des Großen Oktober eröffnet wurden...

Begegnungen mit der Kunst

Hier und dort stehen lustig zuvorkommende Verkäuferinnen hinter dem Ladentisch...

Gemälde „reisen“ durch die Republik

Ihre 1.000 km-Reise durch Kasachstan begann die Wander-Kunstausstellung „Auf Leninischem Weg“...

Die Gesundheit und das Klima der Familie

In keinem Nachschlagewerk sieht die Wortverbindung „Familienklima“ und doch gibt es das und spielt in unserem Leben eine beachtliche Rolle...

Ein glückliches Jahr



Oben 17 Jahre wirkt ein Laienkollektiv im Kolchos „XXII. Parteitag“ im Gebiet Taldy-Kurgan...

Im Herbst 1923 war die ökonomische Lage in vielen Rayons, darunter auch in diesem, schwer und kompliziert...

Es erwärmt das Herz

Im Ruhestand bin ich eigentlich seit 1971, doch ohne Unterbruch Kollektiv der Internatenschule in Mamlytka zu trennen...

Unsere Anschrift: 473027 Kazachskaja SSSR, g. Celiograd, Dom Советов, 7-й этаж, «Фроиндшафт»... TELEFONE: Chefredakteur — 2-19-09, stellv. Chef, 2-17-07, Chef vom Dienst — 2-16-51...